



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 14. Dezember 2020

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

Dieser Haushalt bringt uns gut durch die Krise	1
Ein neues Bundesgesundheitsamt	4
Ehrenamt_1: Klarheit über politisches Engagement scheitert an CDU/CSU	5
Ehrenamt_2: Die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschläge werden angehoben	6
#BauernFürKlimaschutz: Eine Milliarde Euro soll die Landwirtschaft in die Moderne bringen	7
Klimaziele: „Wir müssen dazu den schlafenden Riesen einer internationalen Kooperation wecken“ ...	8
Der Spatenstich für ein Innovationskapitel auf einer alten Deponie.....	10
Maskenproduktion in Schopfheim wird mit 24.000 Euro Bundeszuschuss gefördert.....	11
Zukunftsprojekt_1	11
Zukunftsprojekt_2.....	12
Die Antwort der Verteidigungsministerin: Regionale Bedenken werden ernst genommen	12

NEUES AUS BERLIN

Dieser Haushalt bringt uns gut durch die Krise

Das Budget der Bundesregierung für das Jahr 2021 sieht Rekordausgaben vor, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzumildern und die Gesundheit zu schützen. Und Zukunftsinvestitionen sollen für ein neues Wachstum sorgen.

Um gut durch die Krise zu kommen, hat der Bundestag am Freitag einen Rekordhaushalt beschlossen: Er sieht für 2021 Ausgaben in Höhe von 498,6 Milliarden Euro vor. „Dieser Haushalt zeigt die Stärke und die Verantwortung des Deutschen Bundestages. Er steht einerseits im Zeichen der existenziellen Herausforderung durch die Pandemie, andererseits für den Beginn eines Jahrzehnts, in dem wir die Weichen für eine sich wandelnde Arbeitswelt und klimaschonendes Wirtschaften stellen müssen“, sagte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, bei der Haushaltsdebatte im Bundestag.

„Auf der einen Seite investieren wir in die Gesundheitsversorgung, die wir weiterhin stärken müssen. Wir kämpfen aber auch dafür, dass Menschen in Beschäftigung gehalten werden und sich gleichzeitig qualifizieren können.

Wir wollen auch wirtschaftliche Substanz sichern, weil wir, wenn die Krise beendet ist, auch wieder schnell hochfahren wollen“, sagte Mützenich. Um das Land zukunftssicher zu machen, werde in Mobilität, klimaschonendes Wirtschaften, neue Arbeitsplätze und in eine Digitalisierung investiert, die Voraussetzung für neue Arbeit in Deutschland sei.

Auch Bundefinanzminister Olaf Scholz verteidigte das Budget. „Wir setzen sehr viel Geld ein – aber wohlüberlegt“, sagte der Minister zu Beginn der Haushaltswoche. Er werde „nicht alles finanzieren, was irgendjemand sich ausgedacht hat“. Es gehe nun vielmehr darum, Investitionen in Zukunftsprojekte zu tätigen. „Wir werden aus dieser Krise herauswachsen“, sagte Scholz. Das Land müsse über Wirtschaftswachstum aus der Krise kommen und nicht etwa durch Steuerersenkungen.

Scholz sieht Grund für Optimismus: Die wirtschaftliche Entwicklung sei derzeit besser als befürchtet, in manchen Branchen werde das Vorkrisenniveau wieder erreicht, und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt sei weniger schwierig als befürchtet. Deutschland bekomme international viel Lob für seine Krisenbewältigung: „Das ist der Goldstandard, so muss man das machen.“

180 Mrd. Euro Neuverschuldung

Um den Haushalt zu finanzieren, nimmt die Bundesregierung hohe Schulden auf. Die Neuverschuldung steigt auf 180 Milliarden Euro. Dazu muss zum zweiten Mal die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden. Die enorme Neuverschuldung sei „zu keiner Minute etwas, das einem leicht fallen kann“, sagte Scholz. Es gehe

nun aber darum, die „Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu beschützen“ und die wirtschaftlichen und sozialen Pandemiefolgen abzumildern.

Es wird auch massiv in die Zukunft investiert, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Das Land hat die finanzielle Kraft dafür, Schulden in Krisenzeiten aufzunehmen, weil in den vergangenen Haushaltsjahren verantwortungsvoll gehandelt wurde.

Die wichtigsten Ausgaben im Detail:

Verlängerung der Corona-Hilfsmaßnahmen

Die Überbrückungshilfen für Unternehmen werden bis Juni 2021 verlängert. Hierfür werden die Hilfen auf 39,5 Milliarden Euro aufgestockt. Mit den Überbrückungshilfen III werden auch die Voraussetzungen noch einmal nachjustiert. So wird beispielsweise die maximale Fördersumme von 50.000 Euro auf 200.000 Euro erhöht sowie der Kreis der Antragsberechtigten erweitert. Darüber hinaus wird nun die Situation von Soloselbständigen besonders berücksichtigt.

Aber auch jenseits der Überbrückungshilfen III werden notleidende Branchen unterstützt. Für semiprofessionelle Sportvereine enthält der Haushalt ein weiteres Hilfspaket in Höhe von rund 200 Millionen Euro. Für Einrichtungen der Behindertenhilfen sowie für die gemeinnützige Trägerlandschaft der Kinder- und Jugendhilfe und für Jugendherbergsstätten werden 200 Millionen Euro für Zuschüsse bereitgestellt, um die Pandemie zu bewältigen. Rund 72 Millionen Euro sind zur Absicherung der KfW-Soforthilfen für Studierende und rund 147 Millionen Euro für finanzielle Hilfen an studentische Verbände einge-

plant. Diese werden mit der Verlängerung des Rettungsschirms für Ausbildungsplätze in Höhe von 500 Millionen Euro flankiert. Schließlich enthält auch der Etat des Auswärtigen Amtes eine Vorsorge in Höhe von rund 2,1 Milliarden Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie sowie deren Sekundärfolgen.

Stärkung des Gesundheitssektors

Der Gesundheitsfonds für pandemiebedingt verursachte Belastungen wird um rund 2,7 Milliarden Euro auf insgesamt 7,65 Milliarden Euro aufgestockt. Mit der Erhöhung werden beispielsweise die vergünstigte Abgabe von FFP2-Schutzmasken sowie die Ausgleichszahlungen an Rehabilitationseinrichtungen finanziert. Zusätzlich werden 2,9 Milliarden Euro für Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus eingestellt. Für eine „Nationale Reserve Gesundheitsschutz“ werden 750 Millionen Euro neu im Etat ausgebracht. Erstmals wurde auch eine Vorsorge für Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 in Höhe von 2,67 Milliarden Euro sowie für Investitionen zur Förderung der inländischen Entwicklung und Produktion von Impfstoffen in Höhe von 90 Millionen Euro eingestellt. Zur Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst enthält der Etat insgesamt rund 123,5 Millionen Euro.

Sicherung von Arbeit und Rente

Der Bundeshaushalt 2021 steht wie kein anderer für sozialen Zusammenhalt. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales umfasst mit rund 165 Milliarden Euro rund 33 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und setzt mit der weiteren

Umsetzung des Sozialen Arbeitsmarktes als Regelinstrument, der finanziellen Stabilisierung der Bundesagentur für Arbeit, der Sicherung der Arbeit von morgen und der Einführung der Grundrente für über 1,3 Millionen Menschen im Land starke sozialpolitische Impulse.

Die Bundesagentur für Arbeit hat in dieser Corona-Pandemie einen beispiellosen Beitrag zur Sicherung von Arbeit und zum Schutz vor Arbeitslosigkeit geleistet. Die Bearbeitung und Auszahlung von Kurzarbeitergeld waren europaweit einzigartig. Dafür musste die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre Rücklagen aufbrauchen. Damit die Verlängerung der Kurzarbeiterregelungen während der Corona-Pandemie finanziert werden können und die BA auch in den Folgejahren handlungsfähig bleibt und sich vor allem auf die Integration in Arbeit und die Durchführung von Weiterbildung konzentrieren kann, wird sie mit einem Zuschuss in Höhe von 3,35 Milliarden Euro im Jahr 2021 unterstützt.

Zudem wird die Rente von heute und morgen stabilisiert und gestärkt. 2021 steigen die fünf großen Bundeszuschüsse an die Gesetzliche Rentenversicherung zusammen auf rund 101,1 Milliarden Euro. Bis 2023 erhöhen sich die Zuschüsse an die Rentenversicherung auf über 116 Milliarden Euro. Damit setzt die SPD-Fraktion das klare Signal, dass die gesetzliche Rentenversicherung die wichtigste Säule der Alterssicherung ist. Gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU wurde die Grundrente durchgesetzt. Im Haushalt 2021 sind 1,4 Milliarden Euro für die Einführung der Grundrente ab dem 1. Januar 2021 vorgesehen. Damit wird sichergestellt, dass 1,3 Millionen Menschen eine höhere Rente erhalten werden.

Investitionen in die Zukunft

Die Investitionsausgaben sind im Bundeshaushalt 2021 auf einem Rekordniveau. In den Jahren 2021 bis 2024 werden Investitionen von über 200 Milliarden Euro getätigt. Allein im Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 61,9 Milliarden Euro veranschlagt, das liegt deutlich über dem Vorkrisen-Niveau.

Neben den klassischen Investitionen in Infrastruktur wird auch die digitale Infrastruktur ausgebaut. Hierzu gehört beispielsweise der Digitalpakt Schule, der gerade in Pandemiezeiten ein wichtiger Pfeiler bei der Betreuung und Beschulung von Schülerinnen und Schülern ist. Im kommunalen Bereich gibt es ein neues Sanierungsprogramm für kommunale Einrichtungen, durch welches Sportstätten, Jugendeinrichtungen und andere gesellschaftliche Treffpunkte wieder auf Vordermann gebracht werden. Im Forschungsbereich wird beispielsweise in die Gründung neuer Institute investiert – insbesondere im Bereich der Immunforschung und Pandemiebekämpfung.



www.schwarzeluehr-sutter.de



[Twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)

Ein neues Bundesgesundheitsamt

Die SPD-Fraktion hat ein Konzept beschlossen, das die Gesundheitsämter langfristig stärken soll und auch die Schaffung eines neuen Bundesgesundheitsamtes vorsieht.

Die SPD-Fraktion hat in der vergangenen Woche ein umfassendes Konzept für die Neuausrichtung und Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes beschlossen. Damit sollen über die Corona-Pandemie hinaus die Gesundheitsämter nachhaltig gestärkt und besser aufgestellt werden.

Damit setzt die SPD-Fraktion ein deutliches Zeichen: Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) soll neben ambulanter und stationärer Versorgung die dritte Säule im Gesundheitssystem werden, die eine umfassende Versorgung für alle Menschen bereitstellt. Die Gesundheitsämter sollen dem Papier zufolge nicht nur kurzfristig in der Pandemie, sondern langfristig gestärkt werden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst sei Teil der Daseinsvorsorge und gehöre grundgesetzlich geschützt.

In dem Papier werden die derzeitigen Zustände in vielen Gesundheitsämtern analysiert, zudem wird der Frage nachgegangen, welche Herausforderungen für eine bessere Arbeit bestehen. Dem vorausgegangen sind zahlreiche Gespräche mit Betroffenen in den Kommunen und Landkreisen. Daraus leitet die Fraktion zentrale Forderungen ab.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern arbeiteten am Limit und darüber hinaus und verdienten dafür größte Unterstützung, schlussfolgern die Abgeordneten. Der Bund habe aber bisher kaum Möglichkeiten, den ÖGD zu fördern. Das solle nun geändert werden. Es könne eine Rahmenkompetenz geschaffen werden, um dem Flickenteppich an Regelungen entgegenzuwirken und auch finanzielle Unterstützung für den ÖGD zu ermöglichen.

Von den Gesundheitsämtern selbst seien klarere Ansprechpartner gefordert, daher könne sich die Fraktion auch die Neueinrichtung eines Bundesgesundheitsamtes vorstellen. Wie genau dieses aussehen soll, wollen die Abgeordneten durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung des Gesundheitswesens prüfen lassen. Schließlich solle die Daseinsvorsorge im Grundgesetz geschützt werden. Auch wenn die öffentlichen Haushalte sparen müssten, gelte es, einen Ausverkauf des ÖGD zu verhindern, denn dieser sei unabdingbar für die öffentliche Gesundheit der Bürger*innen.

Das Positionspapier zum Download:

https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_oeffentlicher-gesundheitsdienst_20201207.pdf



[facebook.com/schwarzueluhr-sutter](https://www.facebook.com/schwarzueluhr-sutter)

Ehrenamt_1: Klarheit über politisches Engagement scheitert an CDU/CSU

Mit dem Jahressteuergesetz sollte eine gesetzliche Klarstellung zum politischen Engagement von gemeinnützigen Organisationen erfolgen. Dies ist an CDU und CSU gescheitert. Das Jahressteuergesetz bringt trotzdem ein ganzes Bündel von wichtigen Verbesserungen im Bereich der Gemeinnützigkeit.

Gemeinnützige Organisationen sollen sich für ihre inhaltlichen Ziele in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Viele Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft sind aber nach dem Urteil zu attac verunsichert, ob und wie weit sie sich politisch engagieren dürfen.

Die Finanzpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion wollten gemeinsam mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Jahressteuergesetz durch eine Gesetzesformulierung klarstellen, dass sich gemeinnützige Organisationen durchaus für ihre satzungsmäßigen Zweck politisch betätigen können, ohne ihre Steuerbegünstigung auf diese Weise zu gefährden. Nach unserer Auffassung können gemeinnützige Ziele, etwa die Förderung des Umweltschutzes oder der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, nicht ohne Einmischung in die politische Willensbildung vertreten werden.

Auch die gemeinnützigen Organisationen sollen ihre zivilgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen dürfen.



Übungsleiterpauschale:
Aus 2.400 werden 3.000 Euro.

Ehrenamtpauschale:
Von 720 auf 840 Euro angehoben.

Freigrenze:
Jetzt bei 45.000 Euro.



Sportvereine sollen beispielsweise auch zu einem Engagement gegen Rassismus anlässlich von Vorkommnissen bei einem Fußballspiel aufrufen können. Ein solcher Aufruf muss als Einwirkung auf die öffentliche Meinung vom Satzungszweck Sport umfasst sein.

Mit dem Jahresgesetz sollte eine gesetzliche Klarstellung der bisher lediglich in Verwaltungsvorschriften geregelten Rechtslage erfolgen. Dies war mit CDU und CSU nicht machbar. „Es ist für uns völlig unverständlich, weshalb unser Koalitionspartner in dieser Frage zu keinerlei Kompromissen bereit war. Gerade in Zeiten, in denen wir eine starke demokratische Zivilgesellschaft brauchen, ist Rechtsklarheit

für gemeinnützige Organisationen unverzichtbar. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine lebendige Zivilgesellschaft, die sich auch politisch einmischt.“

Ehrenamt_2: Die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale werden angehoben

Das Jahressteuergesetz enthält wichtige und notwendige Verbesserungen im Bereich der Gemeinnützigkeit. Erleichterungen gibt es im Bereich des Ehrenamts und des zivilgesellschaftlichen Engagements, dazu Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Modernisierung im Gemeinnützigkeitsrecht:

- Übungsleiterpauschale wird von 2.400 auf 3.000 Euro angehoben.
- Ehrenamtspauschale wird von 720 auf 840 Euro angehoben.
- Das Spektrum der anerkannten gemeinnützigen Zwecke wird erweitert, unter anderem um „Klimaschutz“, „Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden“ sowie „Freifunk“.
- Der Begriff „rassisch“ wird in der Zweckkatalog der Abgabenordnung durch „rassistisch“.
- Ein Register der Zuwendungsempfänger wird eingeführt, so dass in Zukunft Bürgerinnen und Bürger rechtssicher und transparent nachprüfen können, welche Organisationen als gemeinnützig anerkannt sind.

- Die Grenze für den vereinfachten Zuwendungsnachweis für Spenden und Mitgliedsbeiträge bei der Steuererklärung wird von 200 Euro auf 300 Euro angehoben.
- Aufnahme eines neuen Zweckbetriebs der Unterbringung, Versorgung, Verpflegung und Betreuung von Flüchtlingen.
- Die Zweckbetriebseigenschaft des § 68 Nummer 4 AO wird um die „Fürsorge für psychische und seelische Erkrankungen“ erweitert.
- Die Steuerbefreiung für Wohnungsgenossenschaften und -vereine wird um die Unterbringung von Wohnungslosen ergänzt.
- Die starren gesetzlichen Zeitvorgaben bei der Mittelverwendung werden für kleine steuerbegünstigte Körperschaften aufgehoben.
- Holdingstrukturen sollen in Zukunft auch im so genannten Dritten Sektor möglich sein.
- Die Regelungen zur Mittelweitergabe unter gemeinnützigen Organisationen und Vertrauensschutz bei Mittelweitergaben werden vereinheitlicht.
- Die Freigrenze, bis zu der gemeinnützige Vereine Einnahmen aus einer wirtschaftlichen Tätigkeit steuerfrei erzielen können (Befreiung von Körperschafts- und Gewerbesteuer) wird von 35.000 Euro auf 45.000 Euro pro Jahr erhöht.

#BauernFürKlimaschutz: Eine Milliarde Euro soll die Landwirtschaft in die Moderne bringen

Unter dem vielversprechenden Titel „Bauern für Klimaschutz“ startet die Bundesregierung ihr bisher größtes Modernisierungsprogramm für die Landwirtschaft. Mit einem Gesamtvolumen von mehr als einer Milliarde Euro sollen dringend notwendige Transformationsprozesse in der Landwirtschaft beschleunigt werden.

„Seit einigen Jahren steht die Landwirtschaft im Fokus heftiger Debatten. Kürzlich habe ich mich mit Landwirt*innen aus dem Kreis Waldshut, Vertreter*innen von Land schafft Verbindung, des Landwirtschaftsministeriums in Baden-Württemberg und des Bundesumweltministeriums intensiv ausgetauscht“, sagt SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter: „Für mich ist klar, dass Landwirtschaft und Klimaschutz keine Gegenpole sind, sondern zusammengehört.“

Vor allem gehe es um artgerechte Tierhaltung, gesunde Lebensmittel und den Einfluss der Landwirtschaft auf die Umwelt. „Diese Konflikte sind Ausdruck eines gestiegenen Bewusstseins hinsichtlich der Bedeutung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft“, so die Parlamentarische Staatssekretärin weiter: „Das zeigt sich auch an der wachsenden Nachfrage nach Lebensmitteln aus ökologischer Erzeugung.

Es wird deutlich, dass wir zusammen mit allen Beteiligten nach Lösungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft suchen und dafür gemeinsam einen tragfähigen Transformationspfad entwickeln müssen.“

Um die Transformationsprozesse zu beschleunigen stellt die Bundesregierung ein Modernisierungsprogramm in einer Gesamthöhe von über einer Milliarde Euro zusammen. Mit 816 Millionen Euro wird ein flächendeckender Technik- und Modernisierungsschub auf landwirtschaftlichen Betrieben gestartet. Gefördert wird Technik, die spürbare Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsparungen garantiert.

Mit knapp 46 Millionen Euro werden Projekte für digitale Technik auf den Feldern gefördert, beispielsweise die mechanische Unkrautbekämpfung mit kameragesteuerten Hackgeräten und KI-Unterstützung. 140 Millionen Euro gehen in besseren Insektenschutz, beispielsweise durch Blühstreifen, Hecken oder nachhaltige Obstbestände.

Dieses Modernisierungsprogramm - ab dem 11. Januar 2021 sind bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank Förderanträge möglich - unterstreicht, dass die Bundesregierung die Landwirt*innen nicht im Stich lässt, sondern Ihnen dabei hilft, wettbewerbsfähig zu bleiben und nachhaltig handeln zu können. Berechtig zur Förderung sind landwirtschaftliche und gewerbliche Primärerzeuger sowie landwirtschaftliche Lohnunternehmen und gewerbliche Maschinenringe. Details:

<https://www.rentenbank.de/foerderangebote/bundesprogramme/landwirtschaft/>

**Ehrgeizige EU-Klimaziele:
„Wir müssen dazu den
schlafenden Riesen
einer internationalen
Kooperation wecken“**

„Der CO2-Preis kann weltweit zum Problemlöser einer der wichtigsten Zukunftsfragen werden.“ Zu diesem Fazit kam die Waldshuter SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter am Ende ihres Online-Dialogs mit dem Potsdamer Klimafolgenforscher Prof. Dr. Ottmar Edenhofer. Die Videokonferenz unter dem Titel **Wir.Machen.Zukunft. war Auftakt einer Veranstaltungsreihe, mit der die Abgeordnete aufzeigen will, wie die weltweit notwendige Transformation bis zur Kommunalebene ineinandergreifen muss.**

Zur ersten Ausgabe ihres neuen Digitalformats **Wir.Machen.Zukunft.** hatten sich neben Umweltwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizäcker, Landrat Dr. Martin Kistler, der St. Märgener Bürgermeister Manfred Kreutz, Vertreter von Naturschutzverbänden und Fridays For Future, SPD-Mitglieder aus Südbaden und Bürger*innen aus der gesamten Region zugeschaltet. Das sei ein ermutigendes Signal, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter, die dringend notwendige Neudefinition von Lebensqualität könne nur gelingen, wenn sie von einem breiten Konsens der Menschen und der Wirtschaft getragen werde.

Wie notwendig und wie dringend der Strukturwandel tatsächlich ist, hatte sich in ihrem Dialog mit Klimafolgenforscher Ottmar Edenhofer unmissverständlich gespiegelt. Edenhofer hatte zum Auftakt auf den Jahresreport des Global Carbon Projects verwiesen, der für 2021 den weltweit höchsten Wert der CO₂-Konzentration seit Menschengedenken prognostiziere. Die erste Corona-Welle habe den CO₂-Ausstoß zwar kurzzeitig auf das Niveau von 2006 gesenkt, man werde aber schnell auf den ursprünglichen Wachstumspfad zurückgekehrt.



„Wir brauchen den strukturellen Wandel, der wirtschaftliches Wachstum vom Emissionswachstum radikal entkoppelt“, sagte Edenhofer. Wenn die Tür zum 1,5 bis 2,0-Grad-Ziel offenbleiben soll, müsse der weltweite und auch nationale Kohleausstieg schneller erfolgen als geplant. Dazu sei es notwendig, den nationalen Emissionshandel für Gebäude und Verkehr nach ganz Europa zu überführen. Mit Ordnungsrecht sei das aber nicht zu machen, die Transformation ganzer Volkswirtschaften verlange nach einem Paradigmenwechsel. Die ökologische Wahrheit müsse über einen CO₂-Preis abgebildet werden, der sozial verträglich bleibe und in Relation zur tatsächlich erzielten Dekarbonisierung steige.

Voraussetzung dafür sei, dass die europäische Wirtschaft keine Insel bleibe, sondern weltweit gleiche Ziele verfolgt würden. „Denn es geht um den Planeten als Ganzes“, so Edenhofer, „das darf nicht abhängen vom Wohlstand einer Nation.“ Weltweite Kooperationen seien zwar im Pariser Klimaschutzabkommen angelegt, aber unvollkommen verwirklicht. Mit der US-Präsidentschaft von Joe Biden und dem jüngsten Bekenntnis von China zur Treibhausgas-Neutralität bis 2060 eröffne sich zusammen mit dem Green Deal für Europa die Chance eines multilateralen Zukunftslabors, das den Weg für eine globale Bewirtschaftung der gemeinsamen Güter bereiten könnte. In diesem Zusammenhang regte Edenhofer an, künftig nicht nur konkrete Projekte, sondern auch multilaterale Politik finanzieren. „Damit könnte man den schlafenden Riesen internationaler Kooperation wecken“, so Edenhofer.



„Es wäre uns zu wünschen, dass die Staaten hierzu untereinander das Misstrauen überwinden“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter. In Deutschland werde die Diskussion aber gerade dominiert von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit den USA und China. Der CO2-Preis werde als „Belastung obendrauf“ wahrgenommen.

Die Wirtschaft müsse darauf vertrauen dürfen, dass sich Investitionen in grüne Zukunftstechnologien rechnen, weil die Preise für CO2-Emissionen im Gegenzug so hoch seien, dass Vermeidung zwingend werde, sagte Edenhofer. Gleichzeitig sollten über kluge Technologiepolitik Anreize für begrenzte Subventionen geschaffen werden. Nur unter solchen Voraussetzungen seien Unternehmer bereit, wirtschaftliche Risiken einzugehen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Wenn der CO2-Preis 2030 auf mehr als 100 Euro steige, müsse der daraus resultierende Benefit für alle Bevölkerungsgruppen vermittelbar bleiben, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter. Sie erläuterte am Beispiel einer Krankenschwester die Belastung durch ein solches Instrument im ländlichen Raum. Das sei mit städtischer Mobilität nicht vergleichbar. „Und ein E-Auto müssen sich die Leute dann erst einmal leisten können“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete weiter. Deshalb sei es notwendig, Menschen und Industrie gleichermaßen mit auf den Transformationspfad zu nehmen. Der CO2-Preis sei zwar als zentrales Instrument denkbar und könne zum Schlüssel für das Emissionsproblem werden, dafür sei es aber notwendig, dass der Einsatz dieses Instrumentes über alle Ebenen ineinandergreife. „Wir müssen damit bis hinein in die Kommunen und in den Lebensalltag der Menschen überzeugen“, so Rita Schwarzelühr-Sutter abschließend, „deshalb fördern wir vom Bund Investitionen in die Elektromobilität und den Öffentlichen Personenverkehr.“

Zum gesamten Dialog: [201210 Wir Machen Zukunft mit Prof Dr Edenhofer](#)



Der Spatenstich für ein Innovationskapitel auf einer alten Deponie

Auf der schon lange stillgelegten Mülldeponie Tiengen am Vitibuck wird noch einmal die Technologie gewechselt. Das Deponiegas wird künftig nicht mehr verbrannt, sondern über eine Saugbelüftung aus dem ruhenden Abfallberg entfernt.

Insgesamt sind 150.000 Kubikmeter Müll in das örtliche Gipsvorkommen eingelagert. „Bis 2043 werden wir hier auf der Deponie in Tiengen durch den geplanten Technologiewechsel noch etwa 16.000 Tonnen CO₂ vermeiden und mit bis zu 94 Prozent einen deutlich höheren Anteil an Deponiegas erfassen als bisher“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin in Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter beim gemeinsamen Spatenstich an Ort und Stelle.

Der Landkreis Waldshut leiste damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Das mit rund 300.000 Euro vom Bund geförderte Innovationsprojekt des Waldshuter Abfallbetriebes sei ein Musterbeispiel dafür, was die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums im Zusammenspiel mit den Kommunen

zur Klimaneutralität beitrage. „Das Projekt und die erzielte CO₂-Reduzierung zeigen, dass die NKI-Förderung ein sinnvolles Instrument ist, um gerade auch in konjunkturschwachen Zeiten Anreize für kommunale Investitionen in den Klimaschutz zu schaffen und die regionale Wirtschaft anzukurbeln“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin: „Das sichert auch in Corona-Zeiten Arbeitsplätze.“

In zehn Jahren seien über die Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums mehr als 28.000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 905.000 Euro gefördert worden. Das habe in der Wirtschaft ein Auftragsvolumen von insgesamt 2,9 Milliarden Euro ausgelöst. Wie wichtig der Klimaschutz sei, zeige sich im Landkreis Waldshut am Zustand des Waldes. Rita Schwarzelühr-Sutter: „Wir sehen hier ganz genau, was die Klimakrise anrichtet und wieviel Zeit und Aufwand es braucht, um das zu reparieren. Deshalb sollten wir alle Kraft aufwenden, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.“

„Wenn wir dann noch in Betracht ziehen, dass sich die verwilderte Grünlandschaft auf der Deponie im Laufe der Jahre zu einem Biotop mit großer Artenvielfalt entwickelt hat, ist das gut investiertes Geld“, so die Bundestagsabgeordnete abschließend.



[Instagram.com/rischwasu](https://www.instagram.com/rischwasu)

Maskenproduktion in Schopfheim wird mit 24.000 Euro Bundeszuschuss gefördert

Die Textilfirma A+M GmbH aus Schopfheim trägt mit ihrer Maskenproduktion zur Bekämpfung der Corona-Pandemie bei. Dafür erhält sie Zuschüsse in Höhe von 24.125 Euro vom Bundesprogramm „Sprinter“.

"Ich freue mich, dass der Bund die A+M GmbH fördert und damit Medizinprodukte aus Schopfheim unterstützt. Es spricht für die Qualität und Konzept von Abda und Michael Hitz, dass sie den Zuschlag der Bundesregierung erhalten haben", sagt dazu die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter.

Anfang August 2020 hat A+M die Produktion von OP-Masken gemäß DIN EN 14683 gestartet. Die vollautomatischen Maschinen haben eine Jahreskapazität von mindestens 40 Millionen solcher Masken. Außerdem werden in dem Schopfheimer Werk Alltagsmasken, FFP2- und Kindermasken, Stoffmasken mit HeiQ-Viroblock-Technologie sowie OP-Kittel hergestellt.

Die A+M GmbH ist eines von neun Unternehmen in Baden-Württemberg, die Geld aus dem Sprinterprogramm erhalten, mit dem kurzfristig verfügbare Maschinen zur Herstellung zertifizierter Masken gefördert werden. Rita Schwarzelühr-Sutter hatte sich zu Beginn der Corona-Pandemie persönlich beim Bundeswirtschaftsministerium für den Förderantrag von Abda und Michael Hitz eingesetzt.

Zukunftsprojekt_1



Wir machen fifty-fifty. Der Bundeszuschuss über 625.000 Euro für den Breitbandausbau in Küssaberg deckt die Hälfte der Investitionen, mit denen die Gemeinde alle Haushalte mit leistungsfähigen Internetanschlüssen versorgen will. Den Förderbescheid gab es jetzt schriftlich, und in kleiner Runde wurde das Zusammenspiel von Bund und Kommunen gewürdigt. Unsere Gespräche haben wieder gezeigt, wie wichtig die performante Digitalisierung für ländliche Gemeinden ist. Dazu gehört auch die G5-Technologie, deren Einführung die Bundesregierung transparent vorantreibt, um auch in diesem Bereich die notwendige Vorsorge zu treffen.

Wir legen noch einmal drauf. Nach dem Förderbescheid über 625.000 Euro für schnelles Internet gibt es für die Gemeinde Küssaberg noch einmal gute Nachrichten: Der Bund legt weitere 50.000 Euro nach, um gezielt den Anschluss von Schulen ans Breitbandnetz zu fördern. Die Investitionen der Gemeinde dafür betragen 100.000 Euro. Bei einer Förderquote von 50 Prozent beträgt die Höhe der Bundesförderung 50.000 Euro. Mit der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt die Bundesregierung die Bereitstellung leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist.

Zukunftprojekt_2



Wieder einen Schritt näher an der Lösung für freie Fahrt vom Obi-Kreisel bis zum Zoll. Der Parlamentarische Staatssekretär Steffen Bilger hat zugesagt, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur **den Vorstauraum für Lastwagen in Waldshut-Tiengen mit acht Millionen Euro finanzieren wird.**

Vor zehn Jahren haben wir es geschafft, die LKW aus der Schmittenuau herauszukriegen mit einer Deutsch-Schweizerischen Gemeinschaftszollanlage auf dem ehemaligen Lonzage-lände. Das war der einzige Ort, der genügend Platz bot und die zollrechtlichen Voraussetzungen garantieren konnte. Durch die gewaltige Zunahme des LKW-Verkehrs nach der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt es in den Rush-Hour-Zeiten jetzt zu enormen Problemen. Lastwagen blockieren die Fahrspuren, so dass die flüssige Fahrt nach Waldshut oder auch umgekehrt Richtung Tiengen nicht mehr möglich ist. Deshalb braucht es einen großen Vorstauraum zur Entlastung. Die dafür notwendige Fläche ist schon da.

Die Antwort der Verteidigungsministerin: Regionale Bedenken werden ernst genommen

Politischer Druck zeigt Wirkung: Ein Truppenübungsplatz für die Bundeswehr direkt neben der Nachsorgeklinik Tannheim und neben dem Naturschutzprojekt Baar - das lässt sich für die zwei SPD-Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter (Waldshut) und Dr. Johannes Fechner (Emmendingen) nicht in Einklang bringen. Deshalb haben sich die beiden in einem gemeinsamen Schreiben an Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gegen die Erweiterung des Standortübungsplatzes in Donaueschingen ausgesprochen.

Nach drei Monaten hat nun die Ministerin geantwortet. „Bitte seien sich versichert, dass ich Ihre Bedenken sehr ernst nehme“, schreibt Annegret Kramp-Karrenbauer an Rita Schwarzelühr-Sutter und Johannes Fechner. Weiter heißt es in ihrem Schreiben: „Gegenwärtig erfolgen Untersuchungen und eine Machbarkeitsstudie für die die in Betracht kommenden Erweiterungsflächen. Dabei werden insbesondere auch die Belange der Nachsorgeklinik Tannheim, der benachbarten Anlieger und des Natur- und Umweltschutzes berücksichtigt.“ Die Ergebnisse der Untersuchungen sollen aber nicht vor Mitte 2022 vorliegen. Anschließend werde dann die Landesregierung Baden-Württemberg Stellung nehmen. Und erst danach solle die endgültige Entscheidung fallen, ob die Pläne der Bundeswehr umgesetzt werden oder nicht.

Offenbar hat der politische Druck Wirkung gezeigt. Kramp-Karrenbauer kündigt in ihrem Schreiben an, dass der Generalinspekteur der Bundeswehr – sofern es die Pandemielage zulasse – zu Beginn des Jahres 2021 „persönlich vor Ort eine Informations- und Gesprächsveranstaltung durchführen wird“. Bei diesem Besuch solle es für alle Beteiligten die Möglichkeiten geben „ihre Perspektiven und Gesichtspunkte unmittelbar und direkt in den Verfahrensgang“ einbringen.

„Wir begrüßen, dass der ranghöchste Soldat der Bundeswehr nach Tannheim kommt, um sich die berechtigten Sorgen der Betroffenen persönlich anzuhören. Wichtig ist, dass vorerst keine Entscheidung zum Ausbau des Truppenplatzes getroffen wird. Das sind erst einmal gute Nachrichten für die kranken Kinder, ihre Familien und die Nachsorgeklinik“, sagen die SPD-Bundestagsabgeordneten in einer ersten Reaktion auf das Schreiben des Verteidigungsministeriums.

SOCIAL MEDIA

Lena
 Hallo Frau Schwarzelühr-Sutter 🙌
 Unsere Schule, das Klettgau Gymnasium, muss dringend renoviert werden und braucht neue technische Ausstattung ! 💻
 So macht das Lernen keinen Spaß 😞

Teresa
 ... und das fängt leider schon auf dem Schulweg an !
 Die Schlüchtbrücke in Gurtweil ist immer noch gesperrt 😞

Rita Schwarzelühr-Sutter
 Hey Lena & Teresa 🙌
 vielen Dank für eure Nachricht!! ich find euer Engagement echt top 🙌
 Die Bundesregierung fördert gerade die Digitalisierung von Schulen mit viel Geld! 💰
 Aber die Stadt ist dafür zuständig, die Laptops/iPads zu beschaffen.
 Lasst uns da mal gemeinsam beim Gemeinderat nachhaken 😊

Rita Schwarzelühr-Sutter
 Sprecht auch mal mit eurer SMV & dem Förderverein eurer Schule!
 Zusammen könnt ihr euch für tolle Projekte bewerben.
 Ich schick euch hier ein paar hilfreiche Links: 📄
<https://www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie>
https://www.bmu.de/themen/bildung-beteiligung/bildungsservice/wettbewerbe/?no_cache=1

Teresa
 Ja, vielen Dank !
 ...und was machen wir wegen der Brückensperre, direkt auf unserem Schulweg? 😞



Rita Schwarzelühr-Sutter
 Lasst euch auch hier nicht unterkriegen und fragt nochmal bei der Stadt und beim Gemeinderat nach! Leider bin ich hier als Bundestagsabgeordnete nicht zuständig. Aber ich gebe euer Anliegen an die SPD-Gemeinderatsfraktion weiter....
 Ich finde es super, dass ihr euch für eure Schule & MitschülerInnen einsetzt. Gebt Bescheid, falls ich helfen kann! 🙌

Lena
 okay, alles klar !
 Wir versuchen es... 🙌

Teresa
 Vielen Dank für die Tipps, Frau Schwarzelühr-Sutter



Liebe Leserin, lieber Leser,

eigentlich wollten wir das Weihnachten retten, das wir schon lange kennen. Im Kreis der Familie. Mit allen Generationen. Wir wollten jetzt Abstand halten, um uns zu Weihnachten wieder näher zu kommen. Aber der Lockdown Light hat nicht gereicht, diese Hoffnung wahr werden zu lassen – das Corona-Virus hat uns stärker im Griff als wir glauben mögen. Deshalb kommt es jetzt auf das Verhalten von jedem einzelnen an. Als mein, als Dein, als unser Gegenüber ...

Ich hoffe, Sie hatten eine informative Lektüre! Ich möchte den Menschen bei uns im Wahlkreis und in der Region weiter ein vertrauenswürdiger Ansprechpartner für alle ihre Anliegen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram. Mit den QR-Codes auf den Seiten geht es ganz einfach.

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

T: 030 – 227 73 071

F: 030 – 227 76 173

M: rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen

T: 07751 – 91 76 881

F: 07751 – 91 76 882

M: rita.schwarzeluehr-sutter.wk@bundestag.de